

Herrn
Frank Kupfer
Staatsminister
Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft
Archivstraße 1
1097 Dresden

Berlin 26.08.2013

Agrarpolitische Weichenstellungen für eine zukunftsfähige Tierhaltung

Sehr geehrter Herr Staatsminister Kupfer,

wir sind über die ökologischen, sozialen und globalen Folgen der in vielen Regionen Deutschlands und der EU starken Tendenzen zur Industrialisierung in der Tierhaltung sehr besorgt. Die strategische Ausrichtung auf wachsende Exporte, gerade auch von Produkten, bei denen ein intensiver Preiswettbewerb herrscht (Milchpulver, Schweinefleisch), ist ein Motor dieser Entwicklung. Im Rahmen der gerade vereinbarten Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU wurden erste Schritte zur Ökologisierung vollzogen. Die durch die intensive Tierhaltung verursachten Probleme werden dabei jedoch kaum angegangen¹. Umso wichtiger ist es daher aus unserer Sicht, dass Deutschland die Möglichkeiten der nationalen Umsetzung der GAP sowie weitere Handlungsmöglichkeiten entsprechend nutzt. Wir bitten Sie, im Sinne folgender wesentlicher agrarpolitischer Weichenstellungen tätig zu werden.

1) Zweite Säule – ELER Fonds aufstocken und qualifizieren

Die Zweite Säule zur Förderung der ländlichen Entwicklung ist im Rahmen der GAP-Reform überproportional gekürzt worden, wobei gerade Deutschland besonders stark betroffen ist. In dieser Säule werden zu einem großen Teil qualitative Leistungen gefördert und honoriert, deshalb sehen wir diese Schwächung der Zweiten Säule grundsätzlich kritisch. Es braucht eine finanzielle Stärkung und eine stärkere inhaltliche Qualifizierung:

- a) Wir halten es für notwendig, dass Deutschland die Möglichkeiten zur Umschichtung von Mitteln von den Direktzahlungen zur ländlichen Entwicklung in vollem Umfang nutzt. Dabei ist ein kürzungsfreier Betrag je Betrieb vorzusehen, damit kleinere Betriebe nicht benachteiligt werden.
- b) Im Rahmen der Zweiten Säule wurden in den letzten Jahren beträchtliche Mittel für die unqualifizierte Investitionsförderung in der Tierhaltung, gerade auch für den Aus- und Neubau von Ställen verwendet. Dies hat oft dazu geführt, dass Produktionskapazitäten betrieblich und regional stark gesteigert wurden, während Auflagen für Tier- und Umweltschutz begrenzt blieben. Damit hat die Investitionsförderung viele Probleme der Tierhaltung noch verstärkt. Aus unserer Sicht sollte Investitionsförderung in der Tierhaltung daher an strikte Kriterien des Tierwohls und des Umweltschutzes (z.B. Schweinehaltung mit Einstreu und Auslauf), ferner an eine Begrenzung in der Bestandsgröße (orientiert an den Bestandsobergrenzen nach NEULAND) sowie an eine betriebliche Flächenbindung geknüpft werden.

2) Regionale Nährstoffüberschüsse abbauen

In den so genannten „Veredlungsregionen“ wie etwa in Teilen Niedersachsens oder des Münsterlands sind durch die Entwicklung hin zu einer agroindustrielle Tierhaltung und die damit zusammenhängenden erheblichen Futtermittelimporte (Soja) erhebliche Nährstoffüberschüsse

¹ Vorschläge zur Reform der EU-Agrarpolitik müssen die Probleme aus der industriellen Tierhaltung angehen.
<http://www.forumue.de/themen/ag-landwirtschaft-ernaehrung/ag-landwirtschaft-ernaehrung-positionspapiere/>



SMUL8122-2013

vorhanden. In den Regionen übersteigt der Gülleanfall die Aufnahmefähigkeit der Flächen zum Teil erheblich.

a) Ein wichtiger Beitrag zur Lösung wäre aus unserer Sicht, die Bestandsdichte zu verringern und die Tierhaltung an den in der Region vorhandenen Flächen auszurichten.

b) Die Novellierung der Düngeverordnung ist auf Eis gelegt. Der Bund muss eine Vorgabe machen, wie mit solch einer Verordnung Nährstoffüberschüsse wirksam verringert werden können.

3) Marktpolitik fair gestalten

Mit dem Auslaufen der Milchquote 2015 erwarten viele Experten einen rasanten Anstieg der Milchproduktion in Teilen Europas, vor allem in Regionen, die bereits heute durch eine hohe Konzentration der Tierhaltung geprägt sind, so dass die damit verbundenen Probleme noch verschärft werden. Zudem ist zu befürchten, dass in Zeiten von Überversorgungen wieder vermehrt Milchpulver und Butter staatlich subventioniert eingelagert wird. Zu befürchten ist auch, dass dann das zurzeit ruhig gelegte Instrument der Exportsubventionen wieder aktiviert werden könnte. Mit oder ohne Exportsubventionen können höhere Milchexportmengen aus der EU auch in Entwicklungsländer gelangen und dort Marktstörungen verursachen.

a) Wir fordern die Bundesregierung auf, sich gegen eine Wiedereinführung von Exportsubventionen einzusetzen. Der Export von Milch- und Fleischprodukten auf internationalen Märkten darf nicht Ziel der deutschen Agrarpolitik sein.

b) Wir schlagen vor, dass mit marktorientierten Maßnahmen die Erzeugung am europäischen Bedarf ausgerichtet wird. Ansätze dafür bietet u.a. das vom EU-Parlament vorgeschlagene (vom EU-Rat abgelehnte) Bonus-Malus-System. Dabei wird Krisenzeiten eine kurzfristige Honorierung für solche Milcherzeuger eingesetzt, die freiwillig und vorübergehend mindestens 5 Prozent weniger Milch abliefern. Zudem soll gleichzeitig eine Abgabe von denjenigen Betrieben einbehalten werden, die in dieser Marktsituation mehr als 5 Prozent über ihrem Vorjahresniveau an die Molkerei abliefern.

c) Ansätze für die Erzeugerbündelung gibt es sowohl in der Marktordnung als auch in der Zweiten Säule. Sie müssen nun in der Praxis angewendet und umgesetzt werden. Des Weiteren steht das Milchpaket im Herbst erneut zur Beratung und bietet Anknüpfungspunkte für eine vorausschauende Marktpolitik. Ähnliche Maßnahmen müssen auch für die Fleischbranche entwickelt werden.

Dies sind verschiedene Möglichkeiten, die allesamt eine Marktpolitik unterstützen, die nicht auf Überschussproduktion ausgerichtet ist, sondern mehr Marktorientierung bringt.

4) Handelspolitik nach demokratischen Spielregeln

Die Erzeugung über den europäischen Bedarf hinaus führt zur Orientierung am Weltmarktpreisniveau, damit die exportorientierte Ernährungsindustrie wettbewerbsfähig wird. Für die Landwirte führt dies zu einem anhaltenden Kostensenkungsdruck. Die Freihandelspolitik, der EU auf Ebene der WTO, und zurzeit vor allem in bilateralen Verhandlungen unterstützt diese Weltmarktorientierung. Aktuelles Beispiel sind die Freihandelsgespräche zwischen EU und USA. Sie verdeutlichen, welche Gefahren der Freihandel für eine qualitätsorientierte Landwirtschaft in Deutschland und Europa birgt. In den USA zugelassene agrarindustrielle Produktionsprozesse wie die Behandlung von Hähnchen mit Chlor, oder Hormonunterstützte Rindfleisch- und Milchproduktion sollen offenbar auch in der EU anerkannt werden – und würden so den Kosten- und Konkurrenzdruck noch verschärfen und demokratisch entwickelte Standards des Verbraucherschutzes unterlaufen. Insbesondere die US-Saatgutindustrie hat ein Interesse am ungehinderten Absatz ihrer gentechnisch veränderten Pflanzen in die EU. Im Gegenzug will die europäische Milchindustrie freieren Zugang für ihre Produkte in die USA erlangen, denn Milchprodukte sind derzeit ein Hauptexportprodukt der europäischen Ernährungsindustrie in die USA.

a) Wir fordern, dass der Welthandel mit landwirtschaftlichen Produkten nicht bilateral, sondern multilateral verhandelt wird, unter wirksamer Einbeziehung der Betroffenen und zivilgesellschaftlicher Gruppen weltweit. Statt Liberalisierung müssen Umwelt- und Sozialstandards sowie faire Preise im Vordergrund stehen. Beim Import von Soja etwa müssen zumindest die Nachhaltigkeitsstandards für Biosprit gelten.

09. SEP. 2013

5) EU-Agrarreform wirksam umsetzen: Bäuerliche Landwirtschaft statt Agrarindustrie

Die Brüsseler Einigung zur EU-Agrarreform eröffnet den Mitgliedstaaten die echte Chance, die Agrarzahungen anders als bislang nun dafür einzusetzen, gezielt bäuerliche Betriebe zu stärken, den Anreiz zu Landkonzentration, Rationalisierung und Industrialisierung aufzuheben und den Übergang zum Prinzip „öffentliche Gelder für gesellschaftliche Leistungen“ einzuleiten.

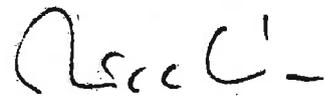
- a) Wir fordern, 30 Prozent der Direktzahlungen einzusetzen, um die Zahlungen für die ersten Hektar jedes Betriebes um bis zu 65 Prozent zu erhöhen und damit die Vielfalt der Betriebe für die weitere Entwicklung zu erhalten.
- b) Wir fordern, die Option zu nutzen, Zahlungen von über 150.000 Euro je Betrieb und Jahr gestaffelt zu kürzen und dabei die Arbeitskosten der Betriebe kürzungsmindernd zu berücksichtigen. Das ist gerechter und bremst die Landkonzentration. und den Einstieg außerlandwirtschaftlicher Investoren in den Bodenmarkt.
- c) Wir fordern, das Greening wirksam und effizient umzusetzen und ein weiteres Aushöhlen dieser Bindung der Direktzahlungen an Umweltstandards zu unterlassen.
- d) Weitere effiziente Maßnahmen, um die Direktzahlungen gezielt für die Leistungen landwirtschaftlicher Betriebe (z.B. für eine Grünlandnutzung mit Weidewirtschaft) einzusetzen, sollten umgesetzt werden.

Wir bitten um Rückmeldungen und würden gerne die Inhalte in einem persönlichen Gespräch vertiefen.

Mit freundlichen Grüßen



gez. Bernd Voß



Dr. Klemens van de Sand
(Vorstand Germanwatch)

(Bundesvorsitzender Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft e.V.)

Jürgen Maier
(Geschäftsführer Forum Umwelt
und Entwicklung)

09. SEP. 2013
JdS

23 - 22 Blk.
RF 23.9.5.
05.05.
09.09.

Kontakt:

Forum Umwelt und Entwicklung
Marienstraße 19-20
10117 Berlin

Tel: +49 (0) 30 678 1775 93

Email: info@forumue.de

Web: www.forumue.de

Langf. 2h.
ad. Vorkab
K.H. 9

SMUL	
<input checked="" type="checkbox"/> SIM	<input checked="" type="checkbox"/> SIS
<input checked="" type="checkbox"/> Z	<input checked="" type="checkbox"/> A3
Kopie an: 2. Vorl. J.	
28. Aug. 2013	
Mit der Bitte um	
<input type="checkbox"/> Erledigung	<input checked="" type="checkbox"/> Kenntnis
<input type="checkbox"/> StN/Prüfung	für SIM/SIS <input type="checkbox"/> vor/nach Abgang z.K.
<input type="checkbox"/> AG	für SIM/SIS <input type="checkbox"/> Unterrichtung über das Verantwortliche
<input type="checkbox"/> WV	<input type="checkbox"/> Termin